



# Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 3+4/2025

**Politik im Talar –  
Wie politisch darf  
die Kirche sein?**  
Jens Motschmann > 5

**Zum 75. Geburtstag  
von Peter Hintze**  
Hermann Gröhe > 8  
Thomas Rachel > 9

**Gemeinsam Zukunft  
gestalten?**  
Dr. Joachim Klose > 10



IGT  
NSTAND  
t ihm Ever  
PARTEIHEFT  
die Ohren!

*(Kein) rechtes Wort zur  
rechten Zeit?*

Prof. Dr. Ulrich H. J. Körtner > 3



# Liebe Leserin, lieber Leser,

Deutschland hat gewählt und die Union hat die Bundestagswahlen mit 28,5 % der Stimmen gewonnen. Damit ist sie zwar wieder eindeutig die stärkste politische Kraft geworden und auch die einzige Partei der demokratischen Mitte mit einem Stimmenzuwachs, ihr Plus von 4,4 Prozentpunkten gegenüber der letzten Bundestagswahl von 2021 liegt aber zweifelsohne hinter den auch von uns selbst gesetzten Zielen und Erwartungen. Der Souverän hat nun gleichwohl entschieden. **CDU und CSU haben den klaren Regierungsauftrag**, aber es nicht einfach, eine neue stabile Regierung der Mitte zu bilden. Gegenwärtig sind wir deshalb noch mitten in den **Koalitionsverhandlungen**. Insbesondere mit einer angeschlagenen SPD, die sich trotz ihres in der Geschichte schlechtesten Ergebnisses die mögliche Regierungsbeteiligung übersteuert abkaufen lassen will, wird es nicht einfacher.

Insgesamt zeigt sich nach den Wahlen ein Ausmaß an **politischer Fragmentierung innerhalb der deutschen Wählerschaft**, die es so bisher noch nicht gab. Besonders besorgniserregend ist das **massive Erstarken der politischen Ränder**, die es insgesamt auf **34,6 % aller Stimmen** gebracht haben (inklusive der Erfolge des BSW, die allerdings nicht parlamentswirksam geworden sind): Eine gleichsam wiederauferstandene **Linke** und eine massiv gestärkte **AfD** sind nicht nur ein deutlicher **Gradmesser von massiver Unzufriedenheit im Lande**, sondern könnten, wenn es in den kommenden Jahren nicht gelingen sollte, die großen Probleme unseres Landes verantwortlich und gemeinsam zu lösen, auch zu einem fatalen **Brandbeschleuniger weiterer Krisen und Destabilisierungen** werden.

Selbstkritisch gilt es festzustellen: So grundsätzlich richtig die thematischen Vorschläge zur Migrationspolitik waren und sind, die Art und Weise, wie das Thema „Migration“ im Wahlkampf von uns platziert worden ist, hat uns rückblickend nicht nur keinen Gewinn gebracht, sondern massiv geschadet: CDU und CSU haben 830.000 Stimmen an die AfD verloren. Aber auch 630.000 Wähler der SPD, 750.000 Wähler der FDP, 70.000 Wähler der Grünen und stolze 1.830.000 Nichtwähler wanderten am Ende ebenfalls zur AfD! Das zeigt unmissverständlich: **Das Thema „illegale Migration“ muss nun – aus der demokratischen Mitte heraus mit der Balance aus Humanität und Ordnung – dringend und nachhaltig einer Lösung zugeführt werden**. Und auch SPD und Grüne müssen bei diesem Thema endlich ihren eigenen Verantwortungsbeitrag leisten und an diesem Punkt dem absoluten Mehrheitswillen der Bürger folgen.

Positiv beachtenswert bleibt zu vermerken, dass wieder überdurchschnittlich viele Christinnen und Christen sowie Glieder der beiden großen Konfessionskirchen in Deutschland der CDU und CSU ihr Vertrauen geschenkt haben, nämlich 29 % der Protestanten und 39 % der Katholiken. Das ist ein **klares Votum der Mehrheit der kirchengebundenen Wählerinnen und Wähler für die Union als christlich fundierter Volkspartei der Mitte**. Leider wird aber genau das von Seiten der großen

Konfessionskirchen zum Teil immer wieder ignoriert. Noch mitten im Wahlkampf, nur wenige Wochen vor dem Bundestagswahltermin, gab es dementsprechend eine **„Gemeinsame Stellungnahme“ der beiden kirchlichen Bevollmächtigten zum sog. „Zustrombegrenzungsgesetz“** mit einer scharfen Kritik an der Migrationspolitik von CDU und CSU, die auch medial sehr große Beachtung erfahren hat. **Sowohl Zeitpunkt, Form als auch Inhalt dieser Veröffentlichung waren nach meiner Auffassung in keiner Weise akzeptabel!**

Diese problematische Stellungnahme vom 28. Januar, ihre Einseitigkeit sowie ihr Tonfall im beigefügten Anschreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, aber auch die darauffolgende aktive **Beteiligung führender und prominenter Kirchenvertreter** auf den sogenannten **„Demos gegen rechts“**, die in Wirklichkeit vor allem gezielte **Demos gegen die Union als Volkspartei der Mitte** waren, sind in der Gefahr, am Ende vor allem dem Anliegen, dem Grundauftrag und der Glaubwürdigkeit der Kirchen selbst zu schaden. Die **hohen Austrittszahlen und massive Schrumpfung der Volkskirchen** in den letzten Jahren sprechen hier Bände. **Die Kirchen müssen also aufpassen, dass sie gesellschaftspolitisch nicht wie linkslastige NGOs agieren und damit sich selbst klein machen**. Ansonsten laufen sie Gefahr, irgendwann nur noch als ebensolche wahrgenommen und letztlich auch wie diese behandelt zu werden. Insbesondere unsere Evangelische Kirche muss vor allem wieder die legitime Pluralität unterschiedlicher parteipolitischer Beheimatungen und Überzeugungen ihrer eigenen Kirchenglieder in hinreichender Weise zu akzeptieren lernen und in den Kirchenleitungsgremien zukünftig auch wieder personell adäquat abbilden. Und sie sollte begreifen, dass es immer CDU und CSU waren und bis heute sind, die ihnen – trotz massiver Säkularisierungstendenzen und angesichts zunehmender Glaubwürdigkeitsverluste – staatskirchenrechtlich und kirchenpolitisch bis heute die Treue halten.

Dennoch bin ich fest davon überzeugt: **Die Beziehung zwischen CDU/CSU und den Kirchen ist so intensiv, dass sie auch kontroverse Situationen wie diese aushält!**

In diesem Sinne laden wir Sie recht herzlich zu unserer **55. EAK-Bundestagung mit unserem großen traditionellen Kirchentagsempfang am Mittwoch, dem 30. April 2025**, nach Hannover ein – wieder mit vielen hochprominenten Gästen aus Kirche, Gesellschaft, Medien und Politik (s. Einladung auf S. 15 hier im Heft).

**Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein frohes und gesegnetes Osterfest!**

Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# *(Kein) rechtes Wort zur rechten Zeit?*

Zur Stellungnahme der Kirchen zum migrationspolitischen Kurs der CDU/CSU

Prof. Dr. Ulrich H. J. Körtner

In einer gemeinsamen Stellungnahme\* haben sich die Kirchen in Deutschland – genauer gesagt ihre Repräsentanten bei der Bundesrepublik Deutschland – in der aktuellen migrationspolitischen Debatte zu Wort gemeldet und die Vorschläge der CDU massiv kritisiert. Prälat Karl Jüsten, Leiter des Katholischen Büros in Berlin und Prälatin Anne Gidion, Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, weisen das Ansinnen zurück, den illegalen Zustrom von Drittstaatenangehörigen nach Deutschland durch ein Gesetz zu begrenzen, das schon einmal im Deutschen Bundestag auf der Tagesordnung stand, im November 2024 aber mehrheitlich abgelehnt wurde.

Nun hatte es die CDU unter Friedrich Merz erneut auf die Tagesordnung gesetzt und anders als noch im vergangenen Jahr, bewusst in Kauf genommen, das Gesetz nun mit Unterstützung der AfD durch das Parlament zu bringen. Der Versuch ist gescheitert, das Thema einer wirksamen Begrenzung der irregulären Migration wird aber auf der Tagesordnung bleiben. Merz hat zwar stets betont, jede Zusammenarbeit mit der AfD abzulehnen. Seine Kritiker werfen ihm dennoch einen unverzeihlichen Dammbreach bzw. das Einreißen der vielbeschworenen Brandmauer gegenüber der AfD vor. Merz und die CDU argumentieren hingegen, die Parteien der Mitte dürften sich nicht in Geiselhaft der AfD nehmen lassen, wenn sie nur Anträge in die Parlamente einbringen, bei denen nicht mit einer Zustimmung der AfD zu rechnen ist. Zustimmung durch die AfD in Einzelfragen sei keineswegs mit Zusammenarbeit gleichzusetzen, von Koalitionsoptionen ganz zu schweigen. Deutlich auf Distanz zur CDU gehen unter anderem die Kirchen. Sie halten den Vorstoß der CDU für demokratiegefährdend. Gleichzeitig bleiben sie bei ihrer migrationspolitischen Haltung, die sie seit der Flüchtlingskrise 2015/16 eingenommen haben. Diese versteht sich als humanitäres Ethos und als humanitäre Politik, die in Übereinstimmung mit Grundsätzen eines christlichen Menschenbildes die Würde

jedes Menschen und die besondere Verpflichtung für Schwache, Notleidende und Verfolgte achtet. Die Frage, wann ein aufnahmewilliger Staat an seine Belastungsgrenzen stößt – und zwar nicht nur rein finanziell, sondern auch was die Integrationsfähigkeit sowie die Rechte und Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung betrifft –, hat für diese Position weniger Gewicht als die unterstellten moralischen und daraus abgeleiteten politischen Verpflichtungen gegenüber Geflüchteten und Schutzsuchenden.

## „Jede Begrenzung letztlich unchristlich“

Die vormalige Ratsvorsitzende der EKD Annette Kurschus äußerte im Oktober 2023 gegenüber der FAZ die Ansicht, jede Begrenzung der Aufnahmekapazitäten sei letztlich unchristlich. Aus Sicht der Nächstenliebe liege die Grenze erst da, wo es zu Selbstaufgabe komme. Man kann das als eine gesinnungsethische Position bezeichnen, welche die Verantwortung für die möglichen Folgen, etwa auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, weitgehend ausblendet. Auch wenn sich andere Kirchenvertreter öffentlich weniger rigoros äußern, ist die Haltung der Kirchen damit doch gut umrissen.

„Die Kirchen halten den Vorstoß der CDU für demokratiegefährdend.“

Die aktuelle Wortmeldung der beiden Kirchen hat eine doppelte Stoßrichtung: Es geht in ihr nicht nur um die Bekräftigung der eigenen migrationspolitischen Position, sondern auch darum, sich als Hüterinnen der Demokratie zu positionieren. Man darf dabei an den bekannten Ausspruch des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, einem evangelischen Christen, erinnern, wonach die Kirchen nicht selbst Politik machen, wohl aber Politik möglich machen wollen, indem sie an die wertmäßigen Voraussetzungen des freiheitlichen, säkularen Staates erinnern, die der Staat selbst nach dem berühmten Diktum des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde nicht garantieren kann.

Mit ihrer gemeinsamen Stellungnahme wollen die Repräsentanten der beiden Kirchen jedoch keineswegs nur Politik möglich machen, sondern selbst Politik machen. Nicht nur ergreifen sie auf einem politisch und juristisch kontroversen Handlungsfeld eindeutig Partei. Sie haben sich mit ihrer Stellungnahme in den deutschen Bundestagswahlkampf eingeschaltet.

So kann man auch den Auftritt der EKD-Präses Heinrich auf der Lichtermeer-Demo am 25. Januar werten. Auf der Demo, an deren Organisation sich neben zahlreichen Vereinen, Parteien, Gewerkschaften und Initiativen auch die EKD beteiligt hat, waren viele Plakate zu sehen, die sich ausdrücklich gegen Friedrich Merz und seine Absicht richteten, das „Zustromsbegrenzungs-gesetz“ im Bundestag zur Abstimmung zu stellen.

Während auf anderen Politikfeldern von ökumenischer Übereinstimmung nicht mehr die Rede sein kann – man denke an die jüngsten Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch oder auch an die Kontroversen um den assistierten Suizid, üben die Kirchen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik den Schulterchluss. Hier möchte man endlich wieder einmal gemeinsam Stärke zeigen, die den Kirchen infolge der zunehmenden Säkularisierung und wachsenden Distanz zwischen ihnen und den politischen Verantwortungsträgern zunehmend abhandenkommt. Man kann die Stellungnahme daher auch als einen Versuch werten, ein Lebenszeichen öffentlicher oder politischer Theologie zu geben, um die es in letzter Zeit recht still geworden ist.

### Auffallende Theologieabstinenz

An der gemeinsamen Stellungnahme fällt ihre Theologieabstinenz ins Auge. Sie untermauert ihre politische Position ausschließlich mit juristischen Argumenten. Nun ist es das gute Recht der Kirchen, Stellungnahmen in Gesetzgebungsverfahren abzugeben. Man fragt sich aber, worin die besondere Expertise der Kirchen auf migrationsrechtlichem, verfassungs- und europarechtlichem Feld liegt. Sicher haben die Kirchen, Diakonie und Caritas ihre juristischen Fachleute. Aber deren Stimme hat kein höheres Gewicht als diejenige anderer namhafter Juristen wie etwa des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, der Zurückweisungen an Deutschlands Grenzen nicht nur für rechtlich zulässig, sondern sogar für geboten hält, weil anders die Souveränität des Staates nicht gewahrt werden könne.

Letztlich handelt es sich bei der Stellungnahme um die Bekräftigung einer gesinnungsethischen Position, die in juristische Argumente gekleidet wird. So möchte man sich unangreifbar machen, wie die Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig jüngst in der Zeitschrift *Communio* zutreffend kommentierte.

Diese Vorgangsweise ist politisch leicht zu durchschauen. Sie erweckt den theologisch problematischen Eindruck, dass die Kirchen auf diese Weise wieder ein politisches Wächteramt in Anspruch nehmen will, das in der heutigen Theologie mit Blick auf eine moderne Demokratie weitgehend für problematisch angesehen wird.

Pikanterweise sind auf katholischer Seite Differenzen publik geworden. Demnach wurde die gemeinsame Stellungnahme zumindest nicht mit Zustimmung der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht. Unter den Bischöfen herrscht Uneinigkeit, wie sich an Wortmeldungen des Regensburger Bischofs Vorderholzer und des Bischofs von Speyer Wiesemann ablesen lässt. Ersterer hat sich ausdrücklich von der Stellungnahme distanziert,

letzterer signalisiert in der Sache Zustimmung, ohne das Dokument namentlich zu nennen. Über Unstimmigkeiten auf evangelischer Seite ist bislang nichts bekannt.

### Lautstarke Warnung

Die Stellungnahme suggeriert, dass sich die Kirchen einmal mehr auf die Seite derer schlagen, die keine substantiellen Änderungen in der deutschen Asylpolitik wollen. Neben den Anhängern des Kurses von Exkanzlerin Merkel ist das die Position von Rot-Grün. Die sich selbst als progressiv verstehenden Kräfte wollen in der Sache den Status quo fortschreiben, den breite Teile der Bevölkerung inzwischen ablehnen.

Paradoxerweise repräsentieren die vermeintlich Progressiven die politischen Beharrungskräfte, deren ideologische Voreingenommenheit man aber von einem Konservatismus im herkömmlichen Sinne unterscheiden muss. Die Kirchen warnen lautstark vor der AfD und dem demokratiegefährdenden Rechtspopulismus. Dass sie mit ihrer eigenen Positionierung den Rechtspopulismus weiter stärken könnten, wollen sie hingegen nicht gelten lassen.

Über den konkreten Anlassfall hinaus veranschaulichen die Wortmeldung der Kirchen und die sich an ihr entzündende Diskussion eine tiefer reichende Problematik im Verhältnis von Politik und Kirche. Verhandelt wird in den aktuellen migrationspolitischen Konflikten auch die Frage nach einem zukunftsfähigen Konservatismus, der nicht mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Einstellungen in einen Topf geworfen werden darf.

### Zunehmend politisch heimatlos

Einmal mehr zeigt sich, dass politisch konservative Christen in Deutschland zunehmend politisch heimatlos sind. Schon länger zeichnet sich eine Entfremdung zwischen der CDU und den Kirchen ab. Erkennbar wurde dies in der Debatte um das neue Grundsatzprogramm der Partei 2024 und die Frage, welche Rolle das „C“ künftig noch in der Programmatik der Partei spielen solle. Nach intensiven Debatten wurden folgende Sätze in das neue Programm eingefügt: „Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen.“

Das hinderte die Kirche allerdings nicht daran, schon vor der jüngsten Initiative im Bundestag an den migrationspolitischen Aussagen der CDU deutliche Kritik zu üben. Letztlich führt diese dazu, dass das politische Gewicht einer Vereinigung wie dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU weiter geschwächt wird. Nicht wenige Kirchenmitglieder, die sich als konservativ verstehen, aber gerade aus christlicher Überzeugung eine Partei wie die AfD nicht für wählbar halten, fühlen sich sowohl in der eigenen Kirche als auch in der politischen Parteienlandschaft nicht mehr ausreichend repräsentiert. Das gibt gleichermaßen kirchenintern wie demokratiepolitisch Anlass zur Sorge.

*Leicht veränderte Fassung des Beitrages auf „zeitzeichen.net“ vom 1. Februar 2025.*

*\* Die Stellungnahme finden Sie unter: [www.ekd.de/ekd\\_de/ds\\_doc/250129\\_Gemeinsame\\_Stellungnahme\\_der\\_Kirchen\\_Zustrombegrenzungs-gesetz.pdf](http://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/250129_Gemeinsame_Stellungnahme_der_Kirchen_Zustrombegrenzungs-gesetz.pdf)*



*O. Univ.-Prof. Dr. DDr. h.c.  
Ulrich H. J. Körtner*

ist ein deutsch-österreichischer evangelischer Theologe und Medizinethiker und stellvertretender Leiter des Instituts für Ethik und Recht in der Medizin



CDU – UNCHRISTLICH!!

# Politik im Talar. Wie politisch darf die Kirche sein?

Jens Motschmann

**D**ieses Thema bewegt immer wieder aufs Neue die Gemüter. Es bricht immer wieder auf, weil es immer wieder politische Aktionen und Stellungnahmen gibt, die von kirchlichen Amtsträgern begleitet oder sogar unterstützt werden, wie z.B. kürzlich bei den Demonstrationen zur Migrationsdiskussion, die im Deutschen Bundestag von der CDU/CSU ausgelöst wurde.

Meine These zu diesem Vortrag lautet:

*So sehr der einzelne Christ in seiner vor Gott getroffenen Gewissensentscheidung frei ist, so wenig ist es der Kirche als Institution gestattet, sich einer einzigen politischen Richtung oder Partei zu verschreiben.*

Genau das ist wieder einmal geschehen, als am 28. Januar 2025 das Kommissariat der deutschen Bischöfe (Katholisches Büro in Berlin) und die Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälatin Anne Gidion zum Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland Stellung genommen haben.

Die Kernaussage dieser kirchlichen Stellungnahme:

*„Aus Sicht der beiden Kirchen ist es rechtlich unerlässlich, den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten unter erfüllbaren Bedingungen zuzulassen, da Art.6 Abs. 1 GG auch das tatsächliche Zusammenleben der Familienmitglieder schützt und es sich nicht um ein Deutschengrundrecht handelt.“*

Mit dieser Aussage werden Positionen der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ und der SPD eins zu eins übernommen.

In der Evangelischen Kirche ist die gebotene Distanz zu politischen Kundgaben längst aufgegeben. Das zeigte sich auch, als der ehemalige Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende, Heinrich Bedford Strohm, seit 2022 Vorsitzender des

Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, in einem weit beachteten Interview zu seiner Unterstützung der Demonstration gegen rechts Stellung nahm.

Aus diesem Grunde habe ich am 2. Februar einen längeren Brief an Heinrich Bedford-Strohm geschrieben. Nur einige Auszüge aus diesem Brief:

*„Ihre Teilnahme an einer Demonstration am 2. Februar gegen die Migrationspolitik der CDU/CSU vor dem Brandenburger Tor und anschließend vor der Parteizentrale der CDU in Berlin hat mich sehr enttäuscht. Sie sagten am Sonntagmorgen im Interview mit dem NDR u.a.: ‚Zunächst geht es für mich dabei nicht um Parteipolitik...‘*

*Dieser Satz klingt für mich nicht glaubwürdig, weil es Ihnen doch um Unterstützung einer Demonstration gegen den Beschluss einer Partei geht. Damit tragen Sie – natürlich ungewollt – zur gesellschaftlichen und kirchlichen Spaltung bei.*

*Unter den Parolen: ‚Wir sind die Brandmauer!‘, ‚Laut gegen Nazis!‘, ‚Omas gegen rechts‘ oder ‚Aufstand der Anständigen‘ steht diese Demonstration. Sie beteiligen sich dabei an einer Aktion, die den Menschen, die anderer Meinung sind, sagt, dass sie unanständig sind.*

*Herr Alt-Bischof, genau das ist unanständig! Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, dass es unzählig viele Christen gibt, die sich jetzt bereits in den sozialen Netzwerken äußern, die in dieser Sache eine andere Überzeugung haben als Sie.“*

Einige Tage später habe ich diesen Brief auch an die Bischöfin Nora Steen weitergeleitet. Sie ist seit dem 1. November 2023 Bischöfin im Sprengel Schleswig und Holstein.

Auf der Website der Ev. Kirche in Norddeutschland steht ihre Stellungnahme zur CDU/CSU und FDP: *„Verhärtet eure Herzen nicht“*,

sagt Bischöfin Nora Steen vor tausenden Demonstrierenden in Flensburg. In ganz Norddeutschland sind am Wochenende Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Zusammenarbeit der CDU/CSU und FDP mit der AfD zu protestieren.“

Der Oberbürgermeister von Münster, Markus Lewe (CDU), seit 2021 ist er außerdem Präsident des Deutschen Städtetages, kritisiert die kirchlichen Stellungnahmen in der Migrationsdebatte. Er habe sie als „heuchlerisch und verletzend“ empfunden. (Interview mit Markus Lewe am 25. Februar 2025 mit dem Magazin Cicero.)

Damit kommen wir zu der Frage: *Worin besteht der Auftrag der Kirche?* Eines der maßgeblichen Bekenntnisse der Ev. Kirche ist die Augsburgische Konfession (Confessio Augustana) von 1530. Darin heißt es im Artikel VII von der Kirche: „Sie ist die Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente dem Evangelium gemäß dargereicht werden.“

Das ist der zentrale Auftrag der Kirche: Verkündigung der biblischen Botschaft, den sie allen Menschen ohne Ansehen der Person schuldet. Dazu gehören nach dem Zeugnis der Bibel auch Seelsorge und Diakonie. Hier liegt die Kernkompetenz der Kirche.

### **Was sind die Grundlagen des geistlichen Amtes und die sich daraus ergebenden Grenzen für das politische Reden und Handeln?**

*Erstens:* Grundlegend für das geistliche Amt sind die in der Ordination freiwillig anerkannten und im Kirchengesetz verbindlich erklärten Rechte und Pflichten eines Geistlichen. Dazu gehört die Bindung des Dienstes in Wort und Tat an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Kirche. (Bekennnisschriften).

*Zweitens:* Die Pflicht zur Unterordnung jeglicher politischen Betätigung unter den seelsorgerlichen Auftrag, der allen Gemeindegliedern geschuldet ist. Das Reich Gottes leidet keinen Schaden, wenn die Christenheit über die politischen Ansichten der kirchlichen Amtsträger weniger erfährt.

§ 50, Abs. 1 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche lautet: *Pfarrer und Pfarrerinnen sind auch bei politischer Betätigung ihrem Auftrag verpflichtet; sie sind ihren Dienst allen Gemeindegliedern ohne Ansehen ihrer politischen Einstellung schuldig. Sie haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben. (Kirchengesetz zur Regelung des Dienstes der Pfarrer und Pfarrerinnen in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Pfarrergesetz – PfG), vom 17. Oktober 1995, zuletzt geändert durch KG vom 15.11.2007 in der ab 1. Januar 2008 geltenden Fassung.)*

Und ähnlich steht es im Pfarrerdienstgesetz der EKD, Paragraph 34:

- 1 *Pfarrerinnen und Pfarrer haben durch ihren Dienst wie auch als Bürgerinnen und Bürger Anteil am öffentlichen Leben.*
- 2 *Auch wenn sie sich politisch betätigen, müssen sie erkennen lassen, dass das anvertraute Amt sie an alle Gemeindeglieder weist und mit der ganzen Kirche verbindet.*

*Drittens:* *Kirchliche Amtsträger haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben.* Nicht erst in unseren Tagen gibt es ein weitreichendes

Unbehagen gegenüber politisierenden Geistlichen, die der Gemeinde die Tagespolitik von der Kanzel herab erklären.

Um nur ein besonders krasses Beispiel zu nennen: Zum Bundestagswahlkampf 1969 gab es eine halbseitige Anzeige in einer großen Tageszeitung mit Bild und Text vom westfälischen Präses Ernst Wilm, das ihn im Bischofsornat zeigt. Dazu der Text in fettgedruckten Lettern: „Christ sein – und SPD wählen, wieso eigentlich nicht? SPD. Die beste Zukunft, die Sie wählen können.“

Dagegen sagte Helmut Schmidt im Mai 1968 in Glücksburg in einem Vortrag vor der Synode der Hamburgischen Ev.-Luth. Kirche: „*Ein Theologe, ein Bischof oder ein Pastor, der zum Beispiel in die allgemeine Politik eingreift, muss seine Amtsautorität dabei ausdrücklich und sichtbar und hörbar beiseitestellen. Er kann genauso wenig im Talar eine politische Demonstration mitveranstalten, wie er etwa als Bischof von der Kanzel heraus in die Politik seines Landes eingreifen sollte.*“

(Redebeitrag auf der 22. Sitzung der Zweiten Synode der Ev.-Luth. Kirche im Hamburgischen Staate am 23. Mai 1968 in Glücksburg)

### **Die Grenzen politischer Betätigung eines Geistlichen sind erreicht bzw. überschritten:**

*Erstens:* Wenn von ihm aufgrund seines besonderen Amtes in der Christengemeinde nun auch in der Bürgergemeinde eine besondere Sachkompetenz in politischen Fragen beansprucht wird.

*Zweitens:* Wenn von ihm im Vorfeld politischer Ermessensentscheidungen so argumentiert wird, als könne es vom Glauben her nur eine einzige Lösung geben. Auf diesem Wege wird aus einem subjektiven Urteil der Vernunft eine angeblich glaubensmäßig gebotene Position (*status confessionis*).

*Drittens:* Wenn von ihm ein politisches Programm (mit-) vertreten wird, das mit den christlichen Grundaussagen in Widerspruch steht. Damit ist z.B. die Mitgliedschaft in einer Partei ausgeschlossen, die sich in ihrem Programm zum Atheismus und zur Ablehnung der Kirche bekennt. Anfang der siebziger Jahre gehörten im Bereich der EKD rund 50 Geistliche der DKP an.

*Viertens:* Wenn von ihm das Tragen der Amtstracht als Mittel zur Unterstützung und Durchsetzung politischer Zwecke missbraucht wird – z.B. Teilnahme im Talar an Demonstrationen, Derartige Grenzüberschreitungen in der Verkündigung des Geistlichen gefährden die Glaubwürdigkeit und den Bestand der Kirche.

### **Welche Folgen haben diese Grenzüberschreitungen?**

*Erstens:* *Politische Überfremdung der kirchlichen Arbeit.*

Die damalige Nordelbische Kirche (jetzt Nordkirche) war z.B. nicht in der Lage die Arbeit der sog. Evangelischen Studentengemeinde (ESG) zu suspendieren, die auf Flugblättern gemeinsam mit dem Kommunistischen Bund (KB), dem Sozialistischen Büro (SB) und der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) firmierte. (Ruf zur geistlichen Mitte. Hrsg. von der Bekennenden Gemeinschaft 1985, S. 34)

*Zweitens:* *Innere Zerrissenheit der Gemeinden.*

In vielen Städten gab es aufgrund der Stellungnahmen aus der CDU/CSU und FDP zur Migrationspolitik heftige Reaktionen und

Demonstrationen, nicht nur auf irgendwelchen Straßen und Plätzen, sondern ganz gezielt auch vor CDU-Geschäftsstellen, wie z.B. vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin. Damit war Streit in manchen Gemeinden vorprogrammiert. Es wurde bei den Demonstrationen, die von der Kirche unterstützt wurden, gar nicht mehr hinreichend differenziert zwischen AfD und CDU.

Dazu noch einmal Markus Lewe, der Oberbürgermeister von Münster: „Teilweise wurden CDU-Politiker als Faschisten bezeichnet. Beschimpfungen bin ich gewohnt, aber das war zu viel. Was mich persönlich besonders bedrückt hat, als begeisterter und gläubiger Katholik, waren die teilweise überzogenen Reaktionen auch aus kirchlichen Kreisen.“

*Drittens: Zunahme von Kirchenaustritten.*

Sowohl die Katholische als auch die Evangelische Kirche leiden unter einem starken Mitgliederschwund. Allein im Jahr 2023 traten 402.694 Personen aus der Katholischen Kirche und 380.000 Personen aus der Evangelischen Kirche aus. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein Grund ist allerdings auch die Politisierung der Kirche, die viele Gemeindeglieder unerträglich finden.

*Viertens: Infragestellung der finanziellen Unterstützung der Kirchen.* Aufgrund dieser Einmischung der Kirchen in die Politik ist es nicht verwunderlich, dass auch wieder Kritik an der Kirchensteuer laut wird. Es ist nun schon so weit gekommen, dass auch kirchentreue Gemeindeglieder fragen: Sollen wir noch länger eine Kirche finanziell unterstützen, die es zulässt, dass diejenigen beleidigt werden, die eine andere politische Überzeugung haben als gewisse Amtsträger der Kirche?

### **Zu den vorrangigen Aufgaben der christlichen Verkündigung im politischen Raum gehört es:**

*Erstens* die Gewissen durch die biblische Verkündigung zu schärfen, nicht zu binden. Es muss der Gewissensentscheidung des einzelnen überlassen werden, wie er oder sie sich angesichts der Gebote Gottes, aber auch der Zusagen des Evangeliums entscheidet.

*Zweitens:* Es ist die Aufgabe der Kirche den Kontrahenten in der politischen Auseinandersetzung einen Ort des Gesprächs anzubieten. Nach 1989, nach dem Fall der Mauer in Berlin, haben die Kirchen sog. Runde Tische organisiert und ihre Räume dafür zur Verfügung gestellt. Das war ein vorbildlicher und hilfreicher Dienst für den politischen Meinungsaustausch. Aber genau diese wichtige Funktion der Kirche wird durch ihre einseitige Politisierung geschwächt.

Der von mir bereits erwähnte Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster, sagte in dem erwähnten Interview: „Die Rolle der Kirchen war in der Geschichte der letzten Jahrzehnte immer vom Bemühen um gesellschaftlichen Ausgleich geprägt, von der Suche nach einem Miteinander. Jetzt geht es oft nur noch um Ausgrenzung und Polemik. Manchmal habe ich sogar das Gefühl, unsere Oberhirten verstecken sich hinter den Funktionären, haben Angst und verzichten auf eine differenzierte eigene Position.“

*Drittens:* Die Kirchen sollten sich dort, wo die Menschenwürde und die Menschenrechte missachtet werden, wo die Grundrechte, wie Rede-, Presse-, Versammlungsfreiheit, eingeschränkt oder gar aufgehoben werden, sichtbar und hörbar an die Seite der Benachteiligten bzw. Unterdrückten stellen. Da sollte die Kirche der „Mund der Stummen“ sein. So steht es in der Erklärung

der 1. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), die 1948 in Amsterdam beschlossen wurde. Es gab und gibt weltweit mutige Aktionen von einzelnen in den Kirchen, die ihre Freiheit und ihr Leben riskierten, um denen mit Wort und Tat beizustehen, denen der Mund verboten wurde.

*Und viertens:* Eine ganz wichtige Aufgabe der Kirchen besteht auch darin, Menschen in Krisensituationen zu begleiten. Wenn furchtbare Ereignisse über die Menschen hereinbrechen, wie schwere Unfälle, Naturkatastrophen oder Terroranschläge, wie kürzlich in Aschaffenburg, in Magdeburg, in München, da sind die Kirchen gefordert. Das sind Ereignisse, wo Politiker oftmals mit ihrem Zuspruch und ihrer Zuwendung vor Ort aufgrund ihrer eigenen Betroffenheit an Grenzen kommen.

Da erwarten die Menschen und auch die Politik, dass die Kirchen geöffnet werden für Gottesdienste, für gemeinsames Trauern, um Halt und seelsorgerliche Begleitung zu bekommen. Wir haben Grund zur Dankbarkeit, dass dies immer wieder geschieht und dass dies auch dankbar von den Menschen und von der Politik angenommen wird.

Das alles gehört zu den vorrangigen Aufgaben der christlichen Verkündigung in Wort und Tat im öffentlichen, im politischen Raum.

Dabei bleibt es die im wahrsten Sinne des Wortes maßgebliche Aufgabe der Kirche, dass sie bei allem, was sie sagt und tut, das Glaubenthema im Zentrum ihres Redens und Tuns behält.

Nicht jeder Christ hat die Fähigkeit, ein politisches Amt zu übernehmen. Aber jeder, auch jeder Christ, hat die Möglichkeit seine persönliche Meinung zu äußern und damit in die Waagschale bei politischen Entscheidungen zu werfen – z.B. durch Leserbriefe, durch Gespräche, durch Posts in den sozialen Netzwerken und durch Eingaben an politische Gremien und auf diese Weise für christliche Belange in der Politik eintreten.

Daneben hat jeder die Möglichkeit, Mitglied in der Partei zu werden, die seinen christlichen Überzeugungen entspricht. In einer großen Volkspartei gibt es nun einmal unterschiedliche Flügel. Da gibt es auch in der CDU/CSU bestimmte Meinungen, die nicht jeder, der diese Partei wählt, gut findet. Wenn dann parteiinterne Wahlen kommen, dann werden diejenigen gewählt werden, die die Mehrheit hinter sich bringen. Da wäre die Präsenz von bekennenden Christen hilfreich. Auch wenn es keine christliche Politik gibt, so gibt es doch Politik aus christlicher Verantwortung und die müssen wir fördern und begleiten.

Genauso versteht sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU.

*Leicht veränderter Vortrag vor dem Evangelischen Arbeitskreis in Kiel am 6. März 2025*



*Jens Motschmann*

Jahrgang 1942, war Pastor der Bremischen Evangelischen Kirche und ist auch im Ruhestand noch seit vielen Jahren pastoral aktiv.

# Zum 75. Geburtstag von Peter Hintze

Hermann Gröhe

**A**m 25. April 2025 hätte Peter Hintze seinen fünfundsechzigsten Geburtstag gefeiert. Der ehemalige Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU starb am 26. November 2016. Und auch fast neun Jahre nach seinem Tod ist er immer wieder sehr präsent: „Was würde Peter uns jetzt raten?“ ist nicht nur unter uns, seinen Freunden, zu hören. Oder sogar: „Mit Peter wäre das nicht passiert!“

Dass er „für die CDU wichtiger als die meisten Minister“ war, hat Armin Laschet treffend festgestellt. Für ihn, wie für viele von uns, war Peter Hintze mit den Worten der Journalistin Tina Hildebrandt „Ausbilder, politischer großer Bruder und Freund einer ganzen Generation von Spitzenpolitikern“.

Seinen herausragenden Einfluss in der CDU Deutschlands über so viele Jahre hinweg verdankte er seiner Rolle als Ratgeber. Den Kurs unserer Partei prägte er nicht als Volkstribun, sondern als Vertrauter, als einer, der zuhören konnte, dessen Rat viele suchten. Wie nur wenige hatte er das Vertrauen von Angela Merkel, deren Weg in die Bundespolitik er zunächst als ihr Parlamentarischer Staatssekretär im Frauen- und Jugendministerium nicht unmaßgeblich ebnete und dem sie bis zu seinem Tode in ganz besonderer Weise verbunden blieb. Peter Hintze vertrauten selbst Menschen, die untereinander innerparteiliche Gegner waren und die wussten, dass auch der jeweils andere zu Peter Hintzes „Mandantschaft“ gehörte.

Peter Hintzes Wort galt. Wer auch immer im Tagespräsidium eines CDU-Bundesparteitags saß, wusste: Wenn es kritisch wird, übernimmt Peter die Leitung. Mit ruhiger Stimme, mit Humor, mit Autorität. Und am Unions-Frühstück vor der wöchentlichen Kabinettsitzung nahm er stets teil, nicht eines Amtes wegen, sondern weil es die Kanzlerin wollte – und jeder fand, dass er unserer Runde guttat.

Weil er die Seele unserer Partei kannte, weil er verschwiegen war, wurde er für viele zum Seelsorger. Im bemerkenswerten Kontrast zu dieser Rolle stand das abschätzige Gerede vom „Pfarrer Hintze“ von Gegnern und gegnerischen Journalisten. Mancher, der bei seinen Hintergrundgesprächen länger als geplant blieb und „streng vertraulich natürlich“ die Klugheit und den geistreichen Witz auch in seiner Zeit als CDU-Generalsekretär lobte, schrieb gleichwohl kräftig am Zerrbild des „Sekretärs“ mit. Peter Hintze wusste das. Dass die „roten Socken“, mit denen er die Zusammenarbeit der SPD und der SED-Nachfolger in Sachsen-Anhalt gegeißelt hatte, belächelt wurden, störte ihn nicht, wusste er doch, dass schon der Streit über diese Kampagne den Wortbruch der SPD, die vor der Wahl eine Zusammenarbeit ausgeschlossen hatte, in Erinnerung hielt. Dies trug zum Erfolg der Union bei den Bundestagswahlen 1994 und damit zu einer weiteren Amtszeit von Helmut Kohl als Bundeskanzler nicht unwesentlich bei. Zudem öffnete die harte Abgrenzung zu den politischen Erben von Mauer und Schießbefehl für eine ganze Reihe von Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern den Weg in die CDU, mit der sie wegen der Vergangenheit der Ost-CDU gefremdet hatten.

Nach der Wahlniederlage der Union 1998 trat Peter Hintze als Generalsekretär zurück. Es folgten sieben Jahre als Europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In dieser Zeit und seit 2002 auch als Vizepräsident der Europäischen



Volkspartei prägte er die Europapolitik der Union und ihr hohes Ansehen in unserer europäischen Parteienfamilie. Zugleich förderte er, auch als Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Landesgruppe unserer Bundestagsfraktion, viele Kolleginnen und Kollegen. Ab 2005 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und seit 2013 bis zu seinem Tode Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Dass Peter Hintze die Schwächen seiner Mitmenschen (und auch die eigenen) schonungslos benannte, ohne dass ich ihn je bitter erlebte, habe ich bewundert. Peters Vorbild half auch mir, der Bitterkeit die Tür zu weisen, wenn sie anklopfte. Menschenfreundlichkeit – allen Ärgernissen und Enttäuschungen zum Trotz – war der Kern seiner Haltung und machte seine – ich wähle bewusst dieses Wort – Frömmigkeit aus. Theologisch frei war er durch und durch liberal geprägt. Dem Recht des Menschen auf Selbstbestimmtheit zur Geltung zu verhelfen, war ihm das Wichtigste. Früh war er für das Recht von Frauen eingetreten, über einen Schwangerschaftsabbruch selbst entscheiden zu können. Religiöse Gesetzlichkeit lehnte er entschieden ab. Religion brauche die Aufklärung, müsse den weltlichen Charakter der staatlichen Ordnung anerkennen. Dass ein liberaler Christdemokrat vor islamischen Vorstellungen einer Unterordnung des Staates unter göttliche Gebote ebenso deutlich warnte wie vor den Folgen einer unkontrollierten Zuwanderung, hat so manchen überrascht.

Sein letzter politischer Kampf sah uns auf verschiedenen Seiten der Auseinandersetzung. Denn seiner Forderung, aktive ärztliche Sterbehilfe zuzulassen, habe ich entschieden widersprochen. Wir haben uns in solchen inhaltlichen Auseinandersetzungen nichts geschenkt. Nicht in der Fraktion, nicht im Plenum des Deutschen Bundestages, nicht bei unseren langen Strandspaziergängen im gemeinsamen Familienurlaub in Zee-land. Für uns beide war das eine wirkliche Grundsatzfrage. Dass er in dieser Zeit längst um seine schwere Erkrankung wusste und für ihn selbst eine Selbsttötungshilfe oder eine aktive Sterbehilfe nicht in Frage kam, war mir dabei stets bewusst, prägte die Tiefe unserer Gespräche. Doch eine wirkliche Freundschaft macht mehr aus als die Summe gemeinsamer Auffassungen.

Peter, Du fehlst!

*„Weil er die Seele unserer Partei kannte, weil er verschwiegen war, wurde er für viele zum Seelsorger.“*

# Ein Leben zwischen Kirche und Politik

Thomas Rachel MdB

In diesem Jahr erinnern wir an Peter Hintze, an einen herausragenden Kopf und eine prägende Persönlichkeit in der Geschichte der CDU. Auch mir, ganz persönlich, wie so vielen anderen, damals jüngeren Nachwuchspolitikern, die in den 90er Jahren in der Union ihre ersten bundespolitischen Ämter und Mandate übernahmen, war er nicht nur Mentor, Bruder im Geiste, evangelischer Pfarrer, Seelsorger und Berater in allen Lebenslagen, sondern auch ein wirklich guter, treuer und verlässlicher Freund!

Es ist darum auch nicht übertrieben, wenn ich sagen kann, dass er es war, der einen großen, ja entscheidenden Einfluss auch auf meine politische Laufbahn genommen hat.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie er mir bei einem Gang über die Bonner Hofgartenwiese riet, mich für eine Bundestagskandidatur in meinem CDU Kreisverband Düren zu bewerben, auch wenn dies eine schwierige Wettbewerbskandidatur bedeute. Seine Einschätzung: Ich habe in die Augen der Menschen in deinem Kreisverband geschaut und gespürt, dass die CDU-Mitglieder deine Kandidatur unterstützen werden. Er sollte Recht behalten. Peter Hintze hatte einen Blick für die Menschen.

Ich hatte Peter Hintze schon im Landesvorstand der Jungen Union Rheinland kennengelernt. In den kontroversen Debatten um den NATO-Doppelbeschluss war mir der junge evangelische Pfarrer gleich aufgefallen. Denn Peter war einer der ganz Wenigen, der nicht russische mit amerikanischen Raketen aufrechnet. Vielmehr war er in der Lage, ethische Argumente in die aufgeladene Diskussion, um die NATO-Nachrüstung einzuführen. Der Bergpredigt wusste er sehr wohl auch andere bibelbezogene Gesichtspunkte entgegenzuhalten. In seiner argumentativen Positionierung unterschied er sich von seiner eigenen Evangelischen Kirche. Denn viele Pfarrer und Superintendenten demonstrierten damals in den Talaren vor den NATO-Flughäfen und protestierten in den sogenannten Friedensdemonstrationen gegen die US-Raketen.

Bundeskanzler Helmut Kohl berief Peter Hintze in das schwierige Amt des Zivildienstbeauftragten der Bundesregierung. Schnell fand er Zugang zu den Zivildienstleistenden, die einerseits den sogenannten Kriegsdienst verweigert hatten und sich andererseits oftmals rührend um pflegebedürftige oder schwerstbehinderte Menschen kümmerten. Für den jungen Pfarrer war diese Aufgabe wie geschaffen. Denn er hörte zu, kümmerte sich um die Menschen und würdigte ihr soziales Engagement. Zivis waren für ihn eben keine „Drückeberger“, wie manche es damals behauptet hatten.

Peter Hintze dagegen – ein Christdemokrat mit Einfühlungsvermögen. Er diskutierte mit den Zivilleistenden und vermochte mit seiner ehrlichen Argumentation auch auf diejenigen einzugehen, die der Union kritisch oder ablehnend gegenüberstanden und sie zu überzeugen.

Er war es, der sich nachdrücklich für die Abschaffung der mündlichen Gewissensprüfung der Kriegsdienstverweigerer verwendete. Das künftig schriftliche Anerkennungsverfahren sowie der zeitlich verlängerte Zivildienst unterstrichen die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung der jungen Zivildienstleistenden und ersetzte die bis dahin hoch umstrittene mündliche



Gewissensprüfung. So gelang die gesellschaftliche Versöhnung zwischen den Wehrdienst und den Zivildienst Leistenden.

In diesem Jahr wäre Peter Hintze aber nicht nur 75 Jahre alt geworden. Vor 35 Jahren und fast auf den Tag genau, an dem ich jetzt diese Zeilen verfasste, nur wenige Tage nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und einen guten Monat vor seinem 40. Geburtstag wurde er auf der 31. EAK-Bundestagung (23./24. März 1990) zum sechsten Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gewählt.

Mit ihrem überraschend hohen Wahlsieg hatte die „Allianz für Deutschland“ zuvor endgültig die Weichen für die deutsche Wiedervereinigung gestellt.

Peter Hintze sollte dieses Amt als einer meiner Vorgänger nur rund zwei Jahre versehen, aber es waren zwei besonders prägende Jahre. Sie fielen genau in die Zeit der Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes und stellten auch für den EAK die Zukunftsweichen. Auf dieser Bundestagung von 1990 begann – und das entsprach dem damaligen Zeitgefühl, ebenfalls einer Art „Zeitenwende“ – nicht nur ein Generationenwechsel, sondern auch eine neue gesamtdeutsche Ära.

Für uns heute, die wir derzeit wieder in herausfordernden, ja krisenvollen Zeiten leben, mögen diese fast prophetischen Worte von Peter Hintze, die er am Ende seiner Antrittsrede als neugewählter EAK-Bundesvorsitzender in Wuppertal gesprochen hat, unser dankbares Gedenken an ihn prägen. Sie mögen uns selbst auch neuen Mut, Orientierung und Hoffnungskraft in einer erneuten „Zeitenwende“ der Geschichte Deutschlands und Europas geben: „Wir haben die Aufgabe, über den Teller- rand von Wahlterminen hinausblickend einen politischen Beitrag zu leisten. Ich will meine Kraft einbringen und mit Romain Rolland sagen: ‚Mein Vaterland ist nicht gestern, mein Vaterland ist morgen.‘“!

1992 wurde Peter Hintze als Nachfolger von Volker Rühle zum Generalsekretär der CDU Deutschlands gewählt. Seine Aufgabe war es, die CDU in ganz Deutschland zur stärksten politischen Kraft auszubauen. Seine rote Sockenkampagne gegen das Magdeburger Modell sorgte 1994 für eine große Kontroverse, verhalf aber gleichzeitig der CDU unter Helmut Kohl zum Wahlsieg.

Peter Hintze unterstützte Angela Merkel zunächst als Ministerin danach als Bundeskanzlerin, sich im Geflecht der bundesdeutschen Politik durchzusetzen und blieb ein kluger Berater an ihrer Seite. Im Bundestag hielt er – ohne weiteres streitbar – viel beachtete Reden geradezu bioethischen Themen. Auch als Vizepräsident des Deutschen Bundestages waren und blieben seine scharfsinnigen Analysen, seine menschliche Zugewandtheit und sein Rat bei den Bundestagskollegen sehr geschätzt.



# Gemeinsam Zukunft gestalten?

Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation

Dr. Joachim Klose

Das Revolutionsjahr 1989 endete mit einer Irritation, die in der Wahrnehmung des Demonstrationsgeschehens im Herbst '89 lag. Als am 19. Dezember 1989 Helmut Kohl an der Ruine der Dresdner Frauenkirche redete, wurde er von einem Meer von Deutschlandfahnen empfangen. Die Forderung der Montagsdemonstrationen zielte aber bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf eine schnelle Wiedervereinigung. Die Plakate und Banner, die auf den Montagsdemonstrationen vorangetragen wurden, richteten sich erst gegen die Vormachtstellung der SED, forderten dann auf, die „Stasi in die Volkswirtschaft“ zu schicken, aber das politische System wurde bis dahin wenig hinterfragt. Auf dem Dresdner Neumarkt wurde schlagartig klar, dass die Bevölkerung nicht reformierten Sozialismusexperimenten nachhing, sondern die Wiedervereinigung wollte, soziale Marktwirtschaft forderte und vor allem Freiheit wünschte. Die Diskrepanz bestand zwischen den tonangebenden Eliten und dem Volk.

Betrachten wir aktuelle Prozesse, scheint diese Spannung bis in die Gegenwart getragen worden zu sein. Das Volk will nicht so, wie seine Vordenker wünschen. So entstanden populistische Parteien, kann Katja Hoyer die DDR als wahres Paradies beschreiben<sup>1</sup> und Dirk Oschmann den Westen als Sündenbock für Defizite ausmachen.<sup>2</sup> Andere Annäherungsversuche wie Ines Geipels „Fabelland“<sup>3</sup> verweisen darauf, dass wir selbst die Prozesse aktiv gestalten. Haben wir Interesse an einem geeinten Land und friedlichem Europa oder sind wir gespalten zwischen Ost und West, Eliten und Bevölkerung, rechts und links? Die Demokratieerwartung war 1990 jedenfalls in allen Gruppen sehr ähnlich, wenn man der Argumentation von Christina Morina folgt.<sup>4</sup>

Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte Karl R. Popper, Fragen aufzugreifen, die erst nach dem Zusammenbruch einer Diktatur zu wirklich brennenden Problemen werden würden, und plädierte für Vernunft und Freiheit.<sup>5</sup> Wie lässt sich individuell größtmögliche Freiheit garantieren? Schon John Locke meinte, dass die Freiheit des Einzelnen nur durch Freiheitsverzicht zu sichern und vertraglich zu institutionalisieren sei. Vertraglich wird festgeschrieben, was bislang nur „ins Herz“ und „in die Seele“ der Menschen eingeschrieben war.<sup>6</sup> Freiheit würde dann zum entscheidenden Maßstab staatlichen Wirkens.

„Die Diskrepanz bestand zwischen den tonangebenden Eliten und dem Volk.“

Der Übergang von der Diktatur zur freiheitlichen Demokratie führt aber zu Verwerfungen und Unbehagen. Die Menschen sehnen sich nach einem betreuten und geregelten Leben, welches sich nicht den Herausforderungen einer komplexeren Welt und den Lasten des selbstbestimmten Handelns stellen möchte, der „Traum von Einheit, Schönheit, Vervollkommnung, dieser Ästhetizismus, Holismus und Kollektivismus (...) drückt die Gefühle und Hoffnungen aller Menschen aus, die unter der Last der Zivilisation leiden, und er appelliert an diese Gefühle.“<sup>7</sup>

Alle Aspekte, die Popper beschreibt, lassen sich an der ostdeutschen Bevölkerung beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie nach 1989 beobachten. Dabei war es von großem Vorteil, dass die DDR in die Bundesrepublik Deutschland integriert wurde, die wirtschaftlich leistungsstark und mit einer bewährten Demokratie ausgestattet ist. Demokratien sind

offene Gesellschaften, die beständig in Gefahr sind, sich zu geschlossenen Gesellschaften, d.h. Diktaturen zu entwickeln. Nicht nur die geistigen und politischen Profiteure einer hierarchischen und homogenen Sozialordnung sind Anhänger der geschlossenen Gesellschaft. Eine dynamische und pluralistische Sozialordnung stellt immer wieder auch eine zu bewältigende Herausforderung für die Mehrheit der Bevölkerung dar. So ist es für den Erhalt der Demokratien notwendig, das Unbehagen an ihnen zu reflektieren. Worin bestanden die individuellen Herausforderungen und wurden sie bewältigt?

### Die Totalität des totalitären Staates

Wie abhängig war der Einzelne vom totalitären Staat? Wurde die Diktatur von den Bürgern gestützt? Die ehemalige DDR hatte 16 Millionen Einwohner, von denen mehr als 1,5 Millionen Bürger Mitglied der SED waren. Insgesamt haben ca. 20 % der Bevölkerung das System aktiv unterstützt und Vorteile genossen. Ihnen standen ca. 10–15 % der Bevölkerung gegenüber, die kritisch eingestellt waren. Die Mehrzahl verhielt sich passiv, suchte Nischen und lebte in Parallelwelten. Konnte man so der Ideologie entgehen?

Wenn man nicht Leben und Gesundheit riskieren oder gravierende Benachteiligungen in Kauf nehmen wollte, musste man Kompromisse schließen. Die Frage, die sich nach dem Zusammenbruch der Diktatur stellte, lautete auch nicht, ob man Kompromisse geschlossen hat, sondern ob man minimale Kompromisse geschlossen hat und widerständig war, oder vorseilenden Gehorsam leistete und das System unterstützte.

In der DDR wurde man immer wieder mit Entscheidungen konfrontiert, die als „ideologische Prüfungen“ zu betrachten sind. Bei positiver Beantwortung war ein karrieremäßiges Fortkommen garantiert, wick man von der Erwartung ab, wurde man zurückgesetzt, kritisiert, zu Erziehungsgesprächen beordert, observiert oder eliminiert. Die zu bewältigenden „Ideologieschwellen“ begannen eher harmlos mit der Mitgliedschaft in den Pionier- und Jugendorganisationen. Sie waren aber von schwerwiegenden Konsequenzen, wenn es Militärdienst, Parteimitgliedschaft oder Stasi-Mitarbeit betraf. Häufig hing von den Entscheidungen Vorteile ab, wie die Möglichkeit zu studieren, oder die Wahl des Arbeitsplatzes. Suggestiert wurde dem Einzelnen immer, dass das Wohlverhalten des Systems nur vom eigenen Verhalten abhängt, nie durfte das System hinterfragt werden.

Die Angst vor dem Staatssicherheitssystem spielte im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung eine nachgeordnete Rolle, richtete sich doch deren Aufmerksamkeit nur auf jene, die die „Ideologieschwellen“ aus Gewissensgründen nicht positiv beantworteten, wie Wehrdienstverweigerer, politische Oppositionelle oder sonstige Abweichler. Nur für sie wurde der Repressionsapparat zur realen Bedrohung und wurden die umfangreichen Informationen, die der Bespitzelungsapparat über den Einzelnen sammelte, zur Belastung. Allgegenwärtig hingegen war die SED, die in die spätere PDS und heutige LINKE aufgegangen ist, mit ihrer Indoktrination, Ideologie und militantem Atheismus. Ihr galt es zu widerstehen. Die Stasi war „Schild und Schwert der Partei“.

Die schizophrene Erziehung in der DDR, die die private Erlebniswelt vom politischen Wohlverhalten trennte, hat zur Folge, dass sich die Bürger auch heute wenig mit dem politischen System identifizieren. Entgegen den Erwartungen gibt es im Osten Deutschlands keine politischen Milieus, die Bevölkerung geht auf Distanz zu den politischen Akteuren und das politische Engagement ist zurückhaltend. Das zeigen die politische Partizipation und die Wahlpräferenzen: 0,7 % der Bürger sind z.B. im Freistaat Sachsen Mitglied einer politischen Partei und drei extremistische/populistische Parteien (AfD, Linke und BSW) erhielten bei

der Landtagswahl 2024 zusammen 46,9 % der Stimmen, während die Parteien der demokratischen Mitte (CDU, SPD, Grüne) insgesamt nur 44,3 % erhielten.

### Kreativität des Mangels

Auffallend ist, dass Eigenschaften des negativen Systems im Nachhinein als positiv erfahren werden. Neben der ungleichen wirtschaftlichen Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die DDR-Wirtschaft nach sowjetischem Vorbild planwirtschaftlich strukturiert. Das führte von Anfang an zu Mangelsituationen, die im Laufe der Zeit bis zum wirtschaftlichen Zusammenbruch immer schwerer zu kompensieren waren. In wirtschaftlicher Dauerkrisen bildeten sich Schattenwirtschaften aus, die von einer besonderen Kreativität und Findigkeit gekennzeichnet sind, um die Krisen zu bewältigen und den Mangel zu kompensieren. Aufgrund des Mangels war man ständig mit der Bereitstellung der materiellen Lebensgrundlagen beschäftigt. Mangel besitzt ein Motivations- und Kreativitätspotenzial (Margaret Bouvier), führt zu intensivem Austausch, reger Kommunikation und Netzwerkbildung. Die Bewältigung des Mangels wird dabei als sinnstiftend erfahren, weil er zu sinnvollen Handlungen führt. Diese Aspekte verlieren in einer Überflusgesellschaft an Bedeutung, was als Defizit erfahren wird. Was hindert den Einzelnen, die positiven Erfahrungen der Diktatur fortzusetzen?

„Oft sehnen sich die Menschen in der heutigen Schnelllebigkeit nach diesem sicheren Rahmen ihres Lebens mit seinen Begrenzungen zurück.“

Eine offene Gesellschaft setzt voraus, dass die Menschen beständig kreativ sind und Freiräume erobern. Das ist häufig nicht der Fall. Es gibt aber auch Umstände, unter denen es als angenehmer empfunden wird, keine neuen Ideen auszuprobieren, und man das, was ist, akzeptiert. Dies führt offensichtlich zur Rückkehr ins Private und der Beschäftigung mit den nahen Lebensumständen. Der Glaube an Demokratie und Freiheit allein ist scheinbar nicht ausreichend, dass sich der Einzelne mit den öffentlichen Angelegenheiten befasst.

### Zeit und Zeiterleben

Das Zeiterleben in der Diktatur ist verschieden von dem Zeiterleben in der Demokratie: Karrierechancen waren aufgrund der Machtverhältnisse für die Mehrzahl der Bürger begrenzt. Die Zukünftigkeit persönlicher Entwicklung schnurrte auf eine langanhaltende Gleichförmigkeit zusammen. „Die Zeit stand, es war aussichtsloser Herbst“, schreibt der Schriftsteller Uwe Kolbe. Gleichförmigkeit machte die Zukunft vorhersagbar und suggerierte relative Sicherheit und Stabilität.

Oft sehnen sich die Menschen in der heutigen Schnelllebigkeit nach diesem sicheren Rahmen ihres Lebens mit seinen Begrenzungen zurück. Die Digitalisierung beschleunigt die Unruhe und führt zum Identitätsverlust. Hermann Lübke spricht von „änderungstempobedingtem Vertrautheitsschwund“. Das Tempo neuer Erfindungen wird rasanter und die Zeitznutzung intensiver. Gegenwärtig erzeugen die sozialen Netzwerke einen Veränderungs- und Konformitätsdruck und führen gleichzeitig zu sozialer Isolation.

Reisende, die vor 1989 aus der Bundesrepublik in die damalige DDR fuhren, berichteten von einem Zeitsprung in die Vergangenheit, den sie beim damaligen Grenzübertritt erlebten. Die DDR-Bevölkerung hatte aus dieser Vergangenheit, den Zeitsprung in die Gegenwart zu bewältigen. Für viele war die Schwelle zu hoch.

Ein weiterer Aspekt, betrifft den Verlust historischer Wurzeln. Aufgrund der ideologischen, auf die Geschichte der

Arbeiterbewegung fixierten Wissensvermittlung blieben den ehemaligen DDR-Bürgern die Zusammenhänge der Geschichte verschlossen. Der Verlust des Geschichtsbewusstseins führt zur Abkopplung vom Zeitfluss der Geschichte, sodass sich der Einzelne nicht in der Tradition und Verantwortung der Vergangenheit sieht. Weil die Gefährdungen der Vergangenheit unbekannt sind, wird eine verantwortliche Zukunftsgestaltung erschwert.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass es nur wenige Darstellungen der Alltagsgeschichte der DDR gibt, die die Lebensleistung der Menschen würdigen und deren Bedeutung für das gegenwärtige politische Handeln betrachtet. So wird es möglich, dass viele Mitbürger negative Aspekte der Vergangenheit ausblenden, obwohl die wissenschaftliche Aufarbeitung gerade die Verbrechen der Diktatur sichtbar macht. Wenn das Erleben der DDR-Bürger auf die negativen Seiten des politischen Systems reduziert wird, führt dies zur Verteidigung der Lebensleistung.

### Erinnerungskultur

Drei Jubiläen hätten im Frühjahr 2021 stärkere Aufmerksamkeit verdient: Der 100. Geburtstag von Sophie Scholl, der 70. Todestag von Herbert Belter und der 40. Todestag von Werner Teske. Während in den öffentlichen Debatten der Bundesrepublik Sophie Scholl würdigend herausgehoben wurde, wurden Herbert Belter, den ein ähnliches Schicksal im Sozialismus verfolgte, wie Hans Scholl im Nationalsozialismus, und Werner Teske, der als Stasioffizier 1981 hingerichtet wurde, nahezu vergessen. Sind die Taten derjenigen, die den aufrechten Gang in der zweiten deutschen Diktatur gewagt haben, weniger denkwürdig? Müssen wir, wenn wir gemeinsam die Zukunft gestalten wollen, nicht auch ein gemeinsames Zukunftsbild ausbilden, gemeinsame Ziele haben und unsere jeweiligen Erfahrungen einbringen. Dafür ist es notwendig, die Geschichte in Ost- und Westdeutschland zu kennen. Warum ist das Interesse an der zweiten deutschen Diktatur im öffentlichen Bewusstsein so gering, dass wir es bisher in Berlin nicht einmal geschafft haben, das Freiheits- und Einheitsdenkmal fertigzustellen?

Die Bewertung vergangener Ereignisse wird vom gesellschaftlichen Interesse und den tonangebenden Eliten bestimmt. Geschichte war und ist in diesem Sinne immer auch Siegeregeschichte. Allgemein brauchen Gemeinschaften Narrative für ihr Selbstverständnis, für Identifikation und Distanzierung, zur Legitimation und Polemik.<sup>8</sup> Aber welches Narrativ sich letztlich durchsetzt und damit zur Geschichte wird, hängt vom Bild ab, das in Bildungsinstitutionen und Massenmedien der Öffentlichkeit präsentiert wird. Und das hat auch etwas mit der gesellschaftlichen Situation nach 1989 zu tun: Zum einen machte der ostdeutsche Widerstand nur einen geringen Bevölkerungsanteil aus und zum anderen hängt ein Großteil der Bevölkerung in Ost und West reformierten Sozialismusideen nach, da störte der Widerstand im real existierenden Sozialismus.

Die Gesellschaftsbilder der östlichen Länder wurden nach der Wiedervereinigung durch die Narrative der Bundesrepublik Deutschland überlagert. Ludwig Gumplowicz und Alexander Rüstow haben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Überlagerungstheorie entworfen.<sup>9</sup> Dabei gehen sie davon aus, dass wesentliche gesellschaftliche Entwicklungsschübe von außen initiiert werden, indem „statische“ Gesellschaften durch dynamischere überlagert werden.<sup>10</sup> Da die überlagernde Gesellschaft alle Leitungsfunktionen besetzt und die gesellschaftliche

Gestaltungsmacht für sich beansprucht, wird die überlagerte Gesellschaft überformt, was zwar zu Ungerechtigkeit führt, wie die regelmäßig erscheinenden Elitenstudien der Universität Leipzig zeigen, aber auch die gesellschaftliche Entwicklung vorantreibt. Die gesellschaftliche Kommunikation findet zwischen den Eliten statt, sodass sowohl der gesellschaftliche Diskurs als auch dessen mediale Interpretation maßgeblich deren Themen artikuliert und Repräsentationslücken entstehen.

Hinzukommt, dass in nachreligiösen, individualisierten Gesellschaften die Bedeutung öffentlicher Diskurse und die mit ihnen einhergehenden Perspektivierungen zunehmen. Sinngebung und Selbstvergewisserung erfolgen nicht mehr durch Religion und Glaube, sondern durch die Erinnerungskultur. So vergewissert man sich, auf der „richtigen“ Seite gestanden zu haben, um am Guten, Wahren und Schönen zu partizipieren. Dann stecken wir aber schon in der Thukydides-Falle, denn die Narrative und damit die Lehren der Geschichte werden politisch instrumentalisiert und dienen der Mobilisierung des öffentlichen Bewusstseins. Geschichtskonstruktion verfolgen bestimmte Ziele und stellen konkrete Freund-Feind-Verhältnisse fest. Je dichter historische Ereignisse zur Gegenwart liegen, desto stärker sind ihre Betrachtungen Resultat gegenwärtiger Einstellungen und vorherrschender Meinungen.<sup>11</sup> Fakten werden, wenn auch unbewusst, genauso ausgewählt wie Wortwahl und Sprechhaltung – ohne Telos keine Geschichte.<sup>12</sup>

Einer Weltbeschreibung liegt also eine Weltanschauung zu Grunde. In diesem Sinne sind journalistische Berichterstattungen verfälschte performative Diskurse, indem nämlich das scheinbar zu Konstatierende tatsächlich nur das Bedeutende des Sprechaktes autorisiert.<sup>13</sup> Aktuelle Beispiele lassen sich zahlreich aufführen, wie Medienberichterstattungen zum Pegida-Phänomen, zu den Demonstrationen in Chemnitz und im Hambacher Forst 2018, zum Fall Gil Ofarim im Leipziger Steigenberger-Hotel oder zu aktuelleren Correctiv-Recherchen und deren Resonanz. „Das, was als Resultat der Dauerwirkungen von Massenmedien entsteht, die „öffentliche Meinung“, resümiert Niklas Luhmann, „genügt sich selbst. Es hat deshalb wenig Sinn zu fragen, ob und wie die Massenmedien eine vorhandene Realität verzerrt wiedergeben; sie erzeugen eine Beschreibung der Realität, eine Weltkonstruktion, und das ist die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert.“<sup>14</sup>

Grundlegend stellt sich also die Frage, ob die Weltkonstruktion der politischen Prozesse in den neuen Bundesländern einem Faktencheck standhalten würde und ob wir noch ein gemeinsames Interesse aneinander haben. Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt ein erstrebenswertes Ziel ist und wir gemeinsam die Zukunft gestalten wollen, brauchen wir auch ein gemeinsames Zukunftsbild. Das ist Ergebnis vergangener Diskurse.

### Machtverlust und Machtgewinn

Gesellschaften sind durch Machtstrukturen geprägt. „Wo immer Menschen miteinander kommunizieren, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich an der Möglichkeit wechselseitiger Benachteiligung orientieren und sich dadurch beeinflussen. Macht ist ein lebensweltliches Universale menschlicher Existenz.“<sup>15</sup> Dabei geht es nicht nur um die politisch-repräsentative Macht des Systems, sondern auch um die Macht der Wirklichkeitsinterpretation, des Bildungs- und Erziehungswesens und der Ressourcenverteilung. Ihre Funktion gibt einem Sanktions- und Drohmittel an die Hand, die man als Machtgrundlage nutzen kann.

Der Übergangsprozess von der geschlossenen zur offenen Gesellschaft war von einer gesamtgesellschaftlichen Reorganisation der Macht begleitet. So bedeutete der Transformationsprozess für die Mehrzahl der ostdeutschen Bevölkerung einen

Machtverlust. Dies betrifft nicht nur die gesellschaftlichen Eliten, die aufgrund des Transformationsprozesses ausgetauscht wurden, sondern auch den einfachen Bürger. Letztendlich besitzen in einer Mangelwirtschaft diejenigen Macht und Einfluss, die an der Verteilung der Güter beteiligt sind, ebenso wie jene, die Güter besitzen. Machtverlust in Transformationsprozessen führt zu Bedeutungsverlust, weshalb die Vergangenheit verklärt wird. Die Macht der DDR-Funktionäre bestand neben der Nutzung des Repressionsapparats vor allem auf dem Informationsvorteil, der ihnen Handlungsmöglichkeiten eröffnete. In der Demokratie sind alle Informationen prinzipiell jedem zugänglich. Allerdings muss man auch in der Lage sein, sie abzurufen und zu bewerten.

*„Zur Verführungsmacht des Sozialismus gehörte es, dass es von Anfang an ein pseudoreligiöses Welterklärungssystem bot.“*

Es verloren auch gesellschaftliche Räume und Institutionen an Einfluss. Die Kirchen, die Hort der Opposition und strukturelle Gegenmacht gegenüber dem staatlichen Sinnmonopol bildeten, müssen sich jetzt auf dem Markt der Möglichkeiten behaupten. Auch die Medien müssen sich nun in der pluralen Medienlandschaft durchsetzen. Während der DDR-Zeit konnten die Bürger „zwischen den Zeilen“ lesen. Erst gegenwärtig scheinen Mediendarstellungen als „objektiv“ betrachtet zu werden und wird die Medienmacht beklagt.

Jeder Machtwechsel ist von Ungerechtigkeiten begleitet. Erst aus der Perspektive des Machtverlustes ist erklärbar, warum trotz materiellem Wohlstand ein Großteil der ostdeutschen Gesellschaft mit der Demokratie unzufrieden ist. Dies betrifft die ältere Generation in stärkerem Maße als die jüngere. Die faktische Macht in Organisationen hängt ganz wesentlich vom Einfluss auf Karrieren ab und beruht auf der Disposition von Stellenbesetzungen.<sup>16</sup> Aufgrund des Elitenwechsels, der tendenziell schwierigen Bewertung ostdeutscher Biographien und der sozialen Verbundenheit der neuen Elite mit ihren Herkunftsräumen bleibt die ehemalige DDR-Bevölkerung über einen längeren Zeitraum von der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung ausgeschlossen.

Bemerkenswert ist, dass aufgrund der minimalen Kompromissbereitschaft viele DDR-Bürger Distanz zur Macht hielten und das Machtvakuum nach der Friedlichen Revolution nicht ausfüllten. „Macht“ wurde in der Diktatur nicht unter dem Aspekt der Verantwortung erfahren, sondern fast nur unter dem Aspekt des „Machtmissbrauchs“. So gab es auch eine Verantwortung, die sich konsequent der Macht enthielt. Das hatte die unbefriedigende Konsequenz, dass diejenigen, die schon Macht in der Diktatur ausübten, nach 1989 wieder in gesellschaftliche Positionen drängten. Das ist auch ein Grund für die Zurückhaltung bezüglich eines parteipolitischen Engagements. Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei bringt einen in die Nähe der politischen Macht und ist einem suspekt. Dieser Aspekt wird verstärkt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Mitgliedschaft in der SED ein atheistisches Bekenntnis und damit einen Kirchenaustritt verlangte. Parteien werden von ehemaligen DDR-Bürgern weniger als Interessenslobby, immer aber als Identitäts- und Machträume interpretiert. Die Distanz der DDR-Bürger zur Macht wird häufig als ungenügende Anpassungsfähigkeit und mangelnde Unterstützung der Demokratie missverstanden.

### **Sinn- und Utopieverlust**

Zur Verführungsmacht des Sozialismus gehörte es, dass er von Anfang an ein pseudoreligiöses Welterklärungssystem bot. Seine profanen Epiphanien bestanden vor allem darin, das religiöse

Verlangen verdeckt zu haben. Der militante Atheismus verlegte alles, wofür bis dahin ‚Gott‘ und das ‚Jenseits‘ gestanden hatten, in diese Welt und setzten an deren Stelle Begriffe wie die ‚Verunft‘, die ‚Geschichte‘, oder die ‚Gesellschaft‘.<sup>17</sup>

Die beiden deutschen Diktaturen führten dazu, dass in Ostdeutschland die Kirchen stark zurückgedrängt wurden. Während 1944 noch ca. 95 % der Bevölkerung Mitglied einer Kirche waren, waren es 1989 nur noch 29 %. Die Spitzenposition im Religionsrückgang nimmt unter den Großstädten die Stadt Leipzig ein, in der sich nur noch 14 % zum Christentum bekennen (10,1 % Protestanten, 4,1 % Katholiken). Alle anderen religiösen Bekenntnisse machen insgesamt weniger als 3 % aus.

Woran glaubt, wer nicht glaubt? Das Erlösungsversprechen, an dem der Sozialismus bis zum Ende festhielt, hatte zur Folge, dass viele den Zusammenbruch ihres Zukunftsbildes als metaphysischen Verlust erlebten. Was ist das Substitut, das an seine Stelle tritt? Der Zulauf zu den Kirchen hatte sich jedenfalls nicht wie erhofft gesteigert. Vergleiche der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland zeigen immer wieder, dass die Mehrzahl im Westen für Freiheit eintritt, statt für Gleichheit, im Osten dieses Verhältnis umgekehrt ist. Verstehen die Ostdeutschen unter Gleichheit Chancengleichheit oder Gleichmacherei? Die Gleichheitsforderung entspringt jedenfalls auch der Utopie einer egalitären Gesellschaft. Diese Gleichheit zerstört Vielfalt und damit Schönheit. Dieser Aspekt ist eine der fatalsten Folgen der ostdeutschen Uniformität: Die Gesellschaft litt auf eklatante Art und Weise am „guten Geschmack“ und an Schönheit. Die gesellschaftlichen Konsequenzen sind gravierend. Der Verlust der Sozialismusutopie führte zum Sinnverlust und das Residuum der utopischen Gleichheitsforderung zum Leiden an den Ungerechtigkeiten der Welt und zu materiellem Neid. Diese Konsequenzen kann keine Demokratie kompensieren.

### **Demographische Entwicklung**

Wenn Lebensverhältnisse unsicher oder als ungleich empfunden werden, ziehen Menschen Konsequenzen. Dies macht sich besonders in der Geburtenrate und der Abwanderung bemerkbar. Der Einbruch der Geburtenrate und damit die Überalterung der Gesellschaft trifft alle Industrienationen Europas, Ostdeutschland aber besonders stark. Nach 1989 ist sie weltweit einmalig auf 0,8 gesunken. 1990 wurden 50 % weniger Kinder geboren als vor 1989. So mussten Schulen geschlossen werden und fehlen heute der Wirtschaft die Fachkräfte. Hinzu kommt die Abwanderung, die die ländlichen und strukturschwachen Regionen besonders betrifft. „Der Osten blutet aus“, titelte die Tageschau. Bis 2012 verließen 45.000 junge Erwachsene jährlich die neuen Bundesländer.

Schrumpfungprozesse gehen sehr ungleich vonstatten. Während der ländliche Raum 25 % an Einwohnern verlor, haben Großstädte wie Leipzig und Dresden leicht zugelegt. Im Übrigen gehen mehr junge Frauen als Männer und es gehen vor allem die gut ausgebildeten. So entstand in den ländlichen Regionen bei den 20- bis 30-jährigen ein Männerüberhang von 11 %, was sich wiederum negativ auf die Geburtenrate auswirkt.

Xenophobie und die Sehnsucht nach einem autoritären Staat Opportunistisches Wahlverhalten, das nicht belohnt wird, Einbuße von gesellschaftlicher Macht und Achtung, individueller Verlust von Sinn, Wertschätzung und Orientierung und relative Perspektivlosigkeit, die besonders im ländlichen Raum durch den Fortzug der jungen Menschen untermauert wird, erzeugt unterschiedlich die Sehnsucht nach Ordnung und nach Politikern, die einem sagen, wo es lang geht. Der Staat müsste doch..., lautet eine bekannte Forderung. Für jemanden, der seine Wurzeln verloren hat, wird zur Bedrohung, was sich nicht unterordnet oder

zum Konkurrenten werden könnte. Ein Indikator dafür ist die Diskrepanz zwischen dem Ausländeranteil der Bevölkerung und der Xenophobie, die den Ausländern entgegengebracht wird. Ein großer Anteil der ländlichen Bevölkerung lehnt Ausländer kategorisch ab, obwohl diejenigen, die dort ohne deutschen Pass leben, nur ca. 2 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

### Ausblick

Politik kann lediglich Rahmen für Entwicklungsprozesse setzen und diese befördern, nicht aber die Prozesse selbst hervorrufen. Sie besitzt deshalb nur begrenzten Einfluss auf die Gesellschaftsentwicklung, obwohl sie deren rationale Plan- und Steuerbarkeit suggeriert. So gibt es in einer pluralen Gesellschaft keine sich als verbindliches Korrektiv eignende Rationalität. Aus Perspektive welcher Vernunft soll Kritik geübt werden? Was bezüglich der Bildung sinnvoll ist, kann wirtschaftlich fragwürdig sein. Der Prozess der offenen Gesellschaft beantwortet nicht alle Fragen und beschreibt nicht das Ende der Geschichte. Es werden immer wieder neue Ängste und Herausforderungen auftreten. Es reicht deshalb nicht aus, dass alle vieles tun können. Es fehlt das, was den Optionen Sinn gibt, es fehlen Tiefenstrukturen. Demokratien neigen dazu, gerade diese aufzulösen, was häufig Nationalismus und religiösen Fundamentalismus als scheinbare Sinnangebote zur Folge hat. Hinzu kommt, dass Demokratien die Unterstützung ihrer Institutionen und den Glauben an deren Wert benötigen, da sie keine eigene Bindungskraft besitzen und kein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln.

Der Verlust eines motivierenden Zukunftsbildes führt zu Erosion. „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (Ernst Wolfgang Böckenförde). Es ist der große, gleichsam angeborene Mangel liberaler Demokratien, dass sie keinen greifbaren, die Leiden und Ängste der Menschen rechtfertigenden, Lebenssinn vermitteln können. Liberale Strukturen, Gewaltenteilung, Marktwirtschaft sowie Gesetze, die die Freiheit sichern, sind nur Mechanismen, auf denen die offene Gesellschaft gründet. Sie sind Instrumente, die ein geordnetes Zusammenleben garantieren, nicht aber schon die Sache selbst. Demokratische Einrichtungen sind Mittel zur Ermöglichung der Freiheit. Hinzutreten muss ein Kodex vorgegebener Überzeugungen, ein Bewusstsein für Formen und Institutionen, Vernunft und Weitsicht, auch Verlässlichkeit, Mut, Toleranz und Gesetzestreue. Die Vermittlung dieses Kodexes ist Aufgabe der Gesellschaft. Als Aufgabe des Einzelnen bleibt, sich in der Wahrnehmung der Wirklichkeit zu üben, ohne sie einfach hinzunehmen, das Verantwortbare zu tun, und das Empfinden für die permanenten Gefährdungen zu schärfen.

Was folgt aus dem Dargestellten für ein Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation?

- 1.) Ziel war es, auf kritische Punkte der Entwicklung nach der Friedlichen Revolution hinzuweisen, die den individuellen Wahrnehmungen und den gesellschaftlichen Differenzen zugrunde liegen könnten.
- 2.) Es wurden Punkte angeführt, die sich nur auf Verwerfungen in unserem Land beziehen und dem eigenen Erfahrungsraum entspringen. Dass in Mittel- und Osteuropa ähnliche Vexierbilder zwischen Erwartung und Realität existieren, ist zu vermuten und Aufgabe zukünftiger Untersuchungen.
- 3.) Die Friedliche Revolution war nicht der Beginn der Europäischen Transformation, wie der Titel des Instituts nahelegen könnte, sondern eher Endpunkt der Dominanz der ehemaligen Sowjetunion und ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa – zeitlich und strukturell sollte man die Deutsche Einheit in die Europäische Transformation einbetten und nicht umgekehrt, denn ohne den Mut der Polen und die

Freiheitsliebe der Ungarn hätte die Friedliche Revolution zum Beispiel nicht stattgefunden.

- 4.) Das zukünftige Zukunftszentrum sollte einen breiten Interpretationsansatz wagen und nicht ausschließlich die Positionen des liberalprogressiven Gesellschaftsspektrums abbilden, sonst würde es zu der am Beginn des Artikels dargestellten Irritation kommen, Angriffsfläche bei seinen Deutungen bieten und politischen Interessen folgen. Es sollte einen pluralen Interpretationsansatz wählen und integrativ mit unterschiedlichsten Gesellschaftsgruppen und allen europäischen Ländern zusammenarbeiten, sodass es einen Beitrag zur Einheit Europas und unseres Landes leisten kann.
- 5.) Schließlich muss dieser plurale Ansatz bei der Besetzung, insbesondere der Leitung des Instituts, zum Ausdruck kommen. Dabei ist es wichtig, Personen zu gewinnen, die neben der wissenschaftlichen Qualifikation selbst die Transformation gemeistert haben und nicht von außen kommen oder in die Ideologie der zweiten deutschen Diktatur mitgetragen haben. Es wäre der Bevölkerung schwer vermittelbar, wenn nur die westeuropäische Perspektive oder die Perspektive ehemaliger Systemträger der DDR für die Ausrichtung der Arbeit stünden. Letztlich gehören zum ausgewogenen Aufbau Lebenserfahrung und -alter. Es gibt in unserer Gesellschaft noch Menschen, die den aufrechten Gang in der kommunistischen Diktatur praktiziert und dafür Nachteile in Kauf genommen haben. Deren Kompetenz ist hier gefragt.

- 1 Hoyer, K. (2023) *Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949-1990*. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag
- 2 Oschmann, D. (2023) *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung: Wie die Konstruktion des Ostens unsere Gesellschaft spaltet*. Berlin: Ullstein Verlag
- 3 Geipel, I. (2024) *Fabelland: Der Osten, der Westen, der Zorn und das Glück*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag
- 4 Morina, C. (2023) *Tausend Aufbrüche: Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren*. München: Siedler Verlag.
- 5 Popper, K.-R. (1980) *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band I+II*, München: A. Francke
- 6 Locke, J. (1992) *Two treatises of government*, Cambridge: Cambridge University Press
- 7 ebd. 266
- 8 Vgl. Burger, R. (2018) *Wozu Geschichte? Eine Warnung zur rechten Zeit*. Wien, Graz, Klagenfurt: Molden Verlag. 129
- 9 Gumplowicz, L. (1882) *Der Rassenkampf: sociologische Untersuchungen*. Innsbruck: Wagner.
- 10 Rüstow, A. (1950) *Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, Band 1: Ursprung der Herrschaft*. Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch Verlag.
- 11 Vgl. Burger 128
- 12 Spaemann, R., Löw, R. (1981) *Die Frage Wozu? Geschichte und Wiederentdeckung des teleologischen Denkens*. München: Serie Piper.
- 13 Barthes, R. (1968) *Historie und ihr Diskurs. Alternative. Zeitschrift für Literatur und Diskussion* 62/63, Berlin 1968. 179
- 14 Luhmann, N. (1998) *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main. 1101 f, vgl. Ulrich Greiner (2017): *Heimatlos. Be-kennnisse eines Konservativen*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt. 20
- 15 Luhmann, N. (2003) *Macht*, Stuttgart: Lucius & Lucius. 90
- 16 ebd. vgl. 104ff
- 17 Fest, J. (1993) *Die schwierige Freiheit – Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft*, Berlin: Siedler. 52



### Dr. Joachim Klose

Dr. Joachim Klose wurde in Eberswalde geboren, studierte Physik, Philosophie, Theologie, Wissenschaftstheorie, Logik und Statistik an der TU Dresden, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Harvard University (Cambridge, USA). Von 1996 bis 1999 war er wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Akademie in Berlin und Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität. Seit 2007 ist er in der politischen Bildung tätig.

# Einladung zur 55. Bundestagung mit großem EAK-Kirchentagsempfang (39. DEKT)

Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“ an  
Alt-Bundespräsident Joachim Gauck

Mittwoch, 30. April 2025, in Hannover (Heinz von Heiden Arena)

## PROGRAMM

**12–14 Uhr** Bundesarbeitskreissitzung mit dem Bericht des EAK-Bundesvorsitzenden und den Neuwahlen zum EAK-Bundesvorstand (nicht-öffentlich)

**ab 14 Uhr** Sukzessiver Einlass für Gäste und Pressevertreter Getränke-Pause

**15–17 Uhr** Festakt zur Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“ an Alt-Bundespräsident Joachim Gauck

Eröffnung und Begrüßung durch den EAK-Bundesvorsitzenden, Thomas Rachel MdB, Laudatio



Thomas Rachel MdB  
EAK-Bundesvorsitzender

Foto © Tobias Koch



Joachim Gauck  
Alt-Bundespräsident

Foto © J. Danzel/S. Kugler

## MUSIKALISCHE GESTALTUNG



Jessica Probst  
Flügel

Foto © Jessica Probst



Anne-Sophie Bereuter  
Violine

Foto © Anne-Sophie Bereuter

**Einlass ab 19.15 Uhr**  
Großer Kirchentagsempfang

**20.30 Uhr** Reden/Grußworte



Anja Siegesmund  
Kirchentagspräsidentin

Foto © Jens Schulze



Friedrich Merz MdB  
CDU-Parteivorsitzender

Foto © Tobias Koch



Kirsten Fehrs  
Ratsvorsitzende der EKD,  
Bischöfin

Foto © Jens Schulze

Im Anschluss Abendempfang (Ende: 24 Uhr)

Anmeldung unter:  
[www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)



**Meinungen und Informationen**  
aus dem Evangelischen Arbeitskreis  
der CDU/CSU

**Herausgeber**  
Thomas Rachel, Henning Aretz,  
Dirk Heuer, Sabine Kurtz,  
Christine Lieberknecht, Barbara Becker

**Redaktion**  
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

**Spenden-Konto**  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

**Autoren**  
Thomas Rachel MdB  
Prof. Dr. Ulrich H.J. Körtner  
Pfarrer i.R. Jens Motschmann  
Hermann Gröhe  
Dr. Joachim Klose  
Christian Meißner

**Druck** DAS DRUCKTEAM BERLIN

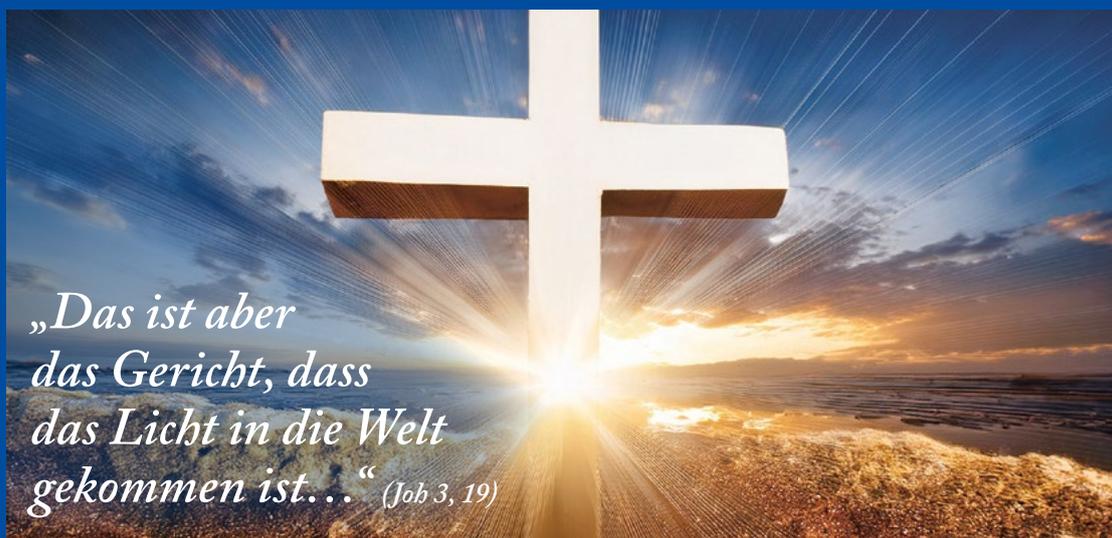
**Fotonachweis**  
Titelbild und S. 3, 5 und 10 (c) epd-bild/  
Rolf Zoellner  
S. 2 + 15 © Tobias Koch  
S. 4 © Ulrich Körtner  
S. 7 © Jens Motschmann  
S. 8 © Laurence Chaperon und EAK/Chris-  
tian Meißner  
S. 14 © Joachim Klose  
S. 15 © s. Photos  
S. 16 © Adobe Photoshop KI

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –  
nur mit Genehmigung der Redaktion und  
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-  
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-  
zeichnete Beiträge stellen die Meinung  
des Verfassers dar, nicht unbedingt die  
der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer  
facebook-Seite!

Druckprodukt mit finanziellem  
**Klimabeitrag**  
ClimatePartner.com/11854-2503-1002

# Meditation



*„Das ist aber  
das Gericht, dass  
das Licht in die Welt  
gekommen ist...“ (Joh 3, 19)*

Das Kreuz Christi ist das entscheidende hoffnungsvolle Zeichen, das bleibend sichtbar und unüberwindbar inmitten dieser, unserer so vielfältig gottvergessenen und gottlosen Welt aufgerichtet ist.

Kein Zeichen des Todes ist dieses Kreuz Christi, sondern ein Zeichen dafür, dass das Leben stärker ist als der Tod. Kein Zeichen der Trauer, sondern der Freude. Und vor allem auch ein Zeichen dafür, dass das Böse in dieser Welt eben nicht das letzte Sagen hat, sondern das Gute, das allein von Gott kommt. Weil Gott die Liebe ist: „Denn also hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen ein(zig)geborenen Sohn gab, auf dass alle, die an ich glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben“ (Joh 3,16).

Das Geheimnis der Bosheit, das Wüten und Toben der Mächte und Gewalten, all der teuflischen Mordbuben dieser Welt, die mit Hass, Krieg und Vernichtung ihre nichtigen Werke der Finsternis verrichten, sie können sich zwar selbst einen kurzen Moment ihrer vergänglichen Zeitlichkeit siegreich oder sicher wähnen, aber auch sie werden am Ende von einem Größeren gerichtet, sie haben keinen Bestand und werden zu Staub vergehen.

Das Licht Gottes, das jetzt schon inmitten all unserer Dunkelheit unauslöschlich, klar und warm scheint, ist bereits das Zeichen für das letzte Gericht aller Lieb- und Gottlosigkeiten. Denn das Böse scheut nichts so sehr, wie die Wahrheit. Heinz Rudolf Kunze hat es einmal wie folgt ganz wunderbar in Wort und Musik gesetzt: „Das Dunkle fürchtet nichts so wie das Licht. Das Licht enthüllt sein schreckliches Gesicht. Das Licht, das in der Seele wohnt, das ist am rechten Ort. Die Dunkelheit hat nicht das letzte Wort.“

**Pastor Christian Meißner,**  
EAK-Bundesgeschäftsführer